

metal.suisse empfiehlt ein NEIN zur 10-Millionen-Initiative

Parolen zu den Abstimmungen am 14.Juni: Mit einer grossen Mehrheit sprach sich die Delegiertenversammlung von metal.suisse für die NEIN-Parole zur Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» der SVP aus. Die Baubranche und die Industrie sind auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen. Die Initiative würde den bestehenden Fachkräftemangel verschärfen und die Bauwirtschaft und Industrie vor zusätzliche Herausforderungen stellen – mit spürbaren Folgen für Schweizer KMU.

Die sogenannte Nachhaltigkeitsinitiative der SVP verlangt einen Bevölkerungsdeckel von 10 Millionen bis 2050. Massnahmen sollen jedoch bereits bei einer Bevölkerung von 9,5 Millionen ergriffen werden. metal.suisse anerkennt den Grundsatz, dass inländisches Arbeitskräftepotenzial besser ausgeschöpft werden kann und setzt sich auch dafür ein, dass die nötigen politischen Hebel gesetzt werden, um den Schweizer Arbeitsmarkt unabhängiger von Arbeitsmigration zu positionieren. Gleichzeitig entwickelt sich die demografische Situation in die entgegengesetzte Richtung. Der Wegfall der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Arbeitsmarkt kann aktuell nicht durch den Eintritt neuer inländischer Arbeitskräfte gedeckt werden. Die Schweizer Wirtschaft bleibt deshalb in verschiedenen Branchen auf qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen.

Die Initiative wäre ein riskantes Experiment deren wirtschaftliche Folgen schwer abschätzbar wären. Der Wortlaut der Initiative lässt dabei wenig Spielraum zu und würde das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU infrage stellen. Dies hätte eine Schwächung des Wirtschaftsstandorts Schweiz zur Folge. So könnte die Initiative grössere Unternehmen dazu veranlassen, Arbeitsplätze und Investitionen verstärkt ins Ausland zu verlagern, während sich der Fachkräftemangel bei den KMU akzentuieren würde.

Gerade der Bausektor ist auf eine geregelte und qualifizierte Arbeitsmigration aus dem EU-Raum angewiesen. Wenn die Personenfreizügigkeit fällt, droht die Rückkehr zum Kontingent-System. Dies würde nicht nur zu einem grösseren bürokratischen Aufwand für Unternehmen führen, sondern würde den Staat dazu zwingen, Prioritäten zwischen Branchen und Regionen festzulegen. Ein Verteilungskampf wäre die Folge, bei dem kleinere Unternehmen aus weniger wertschöpfungsrelevanten Sektoren das Nachsehen hätten. Auch die produzierende Industrie könnte ohne ausländische Arbeitskräfte ihre Produktionskapazitäten nur noch eingeschränkt aufrechterhalten.

Bei einer Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens drohen auch andere Verträge mit der EU wegzufallen. metal.suisse setzt sich für stabile Beziehungen mit der EU als wichtigsten Handelspartner der Schweiz ein. Die EU ist nicht nur der relevanteste Absatzmarkt unserer Unternehmen, die Schweiz ist auch auf den Import von qualitativ hochwertigen Baumaterialien aus der EU angewiesen. Die Initiative kommt zur Unzeit und würde die Position unserer exportorientierten Wirtschaft in einer bereits angespannten Lage weiter schwächen.

Aus diesen Gründen empfiehlt metal.suisse ein NEIN zur 10-Millionen Initiative.

Der Dachverband metal.suisse fördert die Stahl-, Metall- und Fassadenbauweise in der Schweiz und setzt sich für den Materialkreislauf der metallischen Werkstoffe ein. Der Verband ist überzeugt, mit seiner Bauweise und seinen Materialien einen zentralen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Schweiz beitragen zu können. So sind Recyclingmaterialien heute Standard und der Verband fördert Konzepte der Weiter- und Wiederverwendung von Gebäuden und Bauteilen und unterstützt deren Umsetzung.

Medienkontakt metal.suisse

Andreas Steffes
Hendrik Rowedder
Viaduktstrasse 8
4051 Basel
info@metalsuisse.ch

+41 61 228 90 32 / +41 76 426 34 01
+41 61 202 94 35